Das SPRACHROHR der Ahnataler SPD

Dez. 2002

Prügel bis zum Abwinken?

Der Hass ist eine Krankheit der Liebe, sagt man, und Bundeskanzler Gerhard Schröder bekommt das derzeit heftig zu spüren.

Kanzler-Bashing (engl.: to bash = heftig schlagen, jemanden verprügeln) ist in. Und alle machen mit. War es bisher üblich, Politiker mit Nazigrößen zu vergleichen, so bereichert Oskar (ja, unser Oskar!) Lafontaine den historischen Kostümfundus nun um die Endphase der Weimarer Republik. O-Ton Oskar in der Johannes-B.-Kerner-Show: „Es ist so, als wäre Heinrich Brüning wieder auferstanden, der mit seiner Sparpolitik Massenarbeitslosigkeit verursachte und Hitler den Weg bereitete". Und der Historiker Rudolf Baring ruft in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" zum Aufstand gegen die Regierung auf: „Bürger, auf die Barrikaden! Wir dürfen nicht zulassen, dass alles weiter bergab geht, hilflose Politiker das Land verrotten lassen." Immer-noch-möchtegern-Kanzler Stoiber will sich an diesem Aufruf beteiligen: „Wenn die Bürger auf die Straße gehen, muss die Oppostion an ihrer Seite sein!" Unbestätigten Berichten zufolge melden sich in Bayern jetzt immer mehr Gebirgsschützen in der CSU-Zentrale, um sich als Selbstmordattentäter auf Mitglieder der Bundesregierung zur Verfügung zu stellen. Partei-Chef Stoiber lehnt jedoch diese Form des nationalen Widerstandes vorläufig noch ab. Natürlich ist das eine Ente. Aber wie weit die da unten im Süden schon sind, belegt CSU-Generalsekretär Goppel mit seiner Bemerkung, dass in den heutigen SPD-Wahlkreisen früher „eine andere Farbe" - nämlich braun - gewählt worden sei. Und das ist keine Ente!

Selbst der „Spiegel", der kürzlich erst wieder den „Gewerkschaftsstaat" heraufziehen sah, aalt sich in der Mitte des Zeitgeistes mit einer „Anti-Schröder-site" im Internet. Und die Hetz-Kampagne von CDU/CSU-Politkern und Boulevardpresse gegen den SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzler Gerhard Schröder, vorgetragen in einer zügellosen und heuchlerischen Sprache des Ressentiments, zeigen bei einigen Verrückten (nur bei einigen Verrückten?) Wirkung. „Tötet Schröder". Einen Zettel mit dieser Aufschrift hängte ein Anonymus an den Schaukasten vor dem SPD-Büro in Neuburg an der Donau. Die neuen ominösen Fahndungsplakate gegen den „Verbrecher" Schröder - auch schon gesehen? Und die täglichen Drohbriefe gegen die Familie Schröder bis hin zu Morddrohungen - alles voll normal, oder was?

Wenn da nur die großen Schurken in dem Stück nicht wären! Leuten wie unserem Oskar (Lafontaine) oder Arnulf Baring, denen man trotz ihrer periodischen Entgleisungen eine gewisse intellektuelle Grundausstattung zubilligt, möchte man ja noch zurufen: „Jetzt seit ihr völlig GAGA!" Mal im Ernst: Eigentlich müsste es überflüssig sein zu erwähnen, wie weit deren Schreckensbilder von der Wirklichkeit einer nach wie vor wirtschaftskräftigen Gesellschaft entfernt sind, deren größte Reformbremse doch eher eine satte Ermüdung als die entfesselte ideologische Leidenschaft ist. Und so richtig für voll nehmen möchte man die CDU/CSU mit ihrer Wahlbetrugkampagne am liebsten ja auch nicht, denn wenn die Union die Wahl gewonnen und ihre Wahlversprechen verwirklicht hätte (die Union hätte ihre Wahlversprechen nicht verwirklicht), läge das Gesamtdefizit der öffentlichen Haushalte bei 5 % (statt 3,.. %) des Sozialproduktes. Das hätte in Brüssel schon für Stimmung gesorgt.

Meckern ist in, auch und gerade, weil überzeugende Gegenentwürfe fehlen. Es war schon immer leichter, sich über ein „Nein, so nicht" zu definieren als über eine Vision: „So müßte man das machen". Das „verantwortungslose Reden", so kürzlich treffend der Berliner Philosoph Erich Hörl, treibe „die Krise in die Köpfe". Statt mit Trotz und Ärmelaufkrempeln begegnet der Zeitgeist der Krise lieber mit Sündenbocksuche und Rachegedanken. Kollektives Jammern, bei dem alle über ausbleibende Veränderungen klagen, deren mögliche unangenehme Auswirkungen aber niemand am eigenen Leibe verspüren will, ist bekanntlich ein Volkssport, den wir Deutsche gerade zur Kunstform vervollkommnen.

Nur ein Sturm im Wasserglas? Oder verschiebt nicht diese „Rhetorik des Ausnahmezustandes" mit ihren apokalyptischen Tönen die Gewichte der repräsentativen Demokratie weg von der Legalität einer gewählten Regierung hin zur populistischen Legitimitätsschöpfung durch eine Stimmungsmache, die -wie die „Bild-Zeitung" - jeden Morgen den Untergang des Abendlandes prophezeit? Kein Frühstück ohne neue „Steuerwut"?

Die Stoibers und Merkels, die Lafontains und Barings bedienen das uralte Vorurteil, Politik sei eben ein schmutziges Geschäft voller Tricks, Lüge, Betrug, Täuschung und Verrat. Wer aber Politik so diskriminiert, diskriminiert die Demokratie. Wer Heuchelei und Hetze zum politischen Prinzip erhebt, wer - wie das führende Unionspolitiker tun - kaum zwei Sätze sagen kann, ohne das ihnen Begriffe wie „Lüge", „Täuschung", „Betrug", „Trick" oder gar „Verrat" über die Lippen kommen, fördert die demokratische Verwahrlosung und letztendlich den Staatsverfall in unserem Lande. Alfred Hugenberg (und dieser historische Vergleich sei dann doch erlaubt) läßt grüßen!

Übrigens: Die Union hat noch immer ein „C" im Namen. Der in jungen Jahren gekreuzigte Jude, auf den dieses „C" zurückgeht, hat nichts so oft, so eindeutig und so unerbittlich verurteilt wie die (menschliche?) Neigung, aus der Moral eine Keule zu machen, mit der man auf andere eindrischt.

Ihnen und Ihren Familien, Ihren Freunden und Bekannten wünscht die SPD-Ahnatal ein friedliches Weihnachtsfest und für das Jahr 2003 alles erdenklich Gute.

Einkaufen in Ahnatal

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Einkaufsmöglichkeiten in Ahnatal haben sich in den letzten Monaten erheblich verbessert. Am Ortseingang von Weimar entstand ein EDEKA-Neukauf-Markt, der an die Buslinie angeschlossen worden ist. Anfang nächsten Jahres wird ALDI seinen Markt neben dem EDEKA-Neukauf-Markt eröffnen. Am 15. Dezember hat Rinklins Gartenwelt seine Tore geöffnet. Kiddys Kinderbekleidung hat sich vergrößert und unter dem Namen Queens mit erweitertem Sortiment im ehemaligen Schuhgeschäft ein neues zu Hause gefunden. In dem ehemaligen Spar-Markt in der Dörnbergstraße wurde im Herbst diesen Jahres ein Schlecker-Markt eröffnet. Daneben haben sich noch zahlreiche kleinere Geschäfte in Ahnatal angesiedelt. Auch die schon seit vielen Jahren bestehenden Fleischereien, Bäckereien, Lebensmittelgeschäfte und sonstigen Gewerbebetriebe in unserer Gemeinde versorgen die Bürgerinnen und Bürger auf hervorragende Weise, weit über die Dinge des täglichen Lebens hinaus, mit den verschiedensten Produkten und Dienstleistungen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass diese hervorragende Versorgung in Gemeinden unserer Größenordnung keineswegs selbstverständlich ist.

In vielen anderen Gemeinden gibt es in einzelnen Ortsteilen auf Grund der Entwicklungen noch nicht einmal mehr eine Versorgung mit den Grundnahrungsmitteln. Kleinere Geschäfte haben geschlossen und größere Märkte konnten aus den verschiedensten Gründen nicht angesiedelt werden. Dies ist in Ahnatal nicht der Fall.

Die politisch Verantwortlichen in Ahnatal haben vorausschauend dafür gesorgt, dass rechtzeitig Flächen für eine wirtschaftliche Nahversorgung ausgewiesen worden sind und neue Märkte sich ansiedeln konnten. Es liegt nun an Ihnen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Zukunft unserer Gewerbebetriebe mit Ihrem Kaufverhalten abzusichern, damit Sie auch künftig diese Vielfalt und Qualität an Ihrem Wohnort vorfinden können. Denn nur ein wirtschaftlich arbeitender Betrieb wird Ihnen langfristig mit seinen Waren und Dienstleistungen zur Verfügung stehen können.
Kaufen Sie daher vor Ort, in unserer Gemeinde. Ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot finden Sie in den Geschäften in beiden Ortsteilen vor.

Ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr wünscht Ihnen

Ihre

Regina Heldmann
Bürgermeisterin

V.i.S.d.P. Gerh. Schreiber
Weidenweg 18
34292 Ahnatal

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Ahnatal!

In den letzten Wochen haben wir eine öffentliche Auseinandersetzung über politische Themen in einer bislang kaum gekannten Härte erlebt. Ich hoffe, dass es trotz der bevorstehenden Landtagswahl am 2. Februar 2003 bald gelingt, zu einer vernünftigen Behandlung der anstehenden wichtigen Fragen zurückzukehren. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, um eine sichere Rente und eine optimale Gesundheitsversorgung erfordern schließlich einen breiten gesellschaftlichen Konsens, die finanzielle Ausstattung dieser Bereiche stellt alle politischen Kräfte vor die gleichen Herausforderungen. Die handwerklichen Fehler der Bundesregierung, die in den letzten Wochen viel zu viele dieser Themen in kürzester Zeit angepackt hat, dürfen nicht vom Ziel ablenken: Wir wollen als Sozialdemokraten alles daran setzen, das solidarische System aufrecht zu erhalten und damit für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sorgen.

Dazu zählt auch unsere Forderung nach einer Einführung der Vermögenssteuer: Reiche Millionäre müssen sich angemessen an der Finanzierung der notwendigen Ausgaben, insbesondere für die Bildung, beteiligen. Ich möchte Sie aber auch auf einige landespolitische Themen hinweisen, um die es eigentlich am 2. Februar geht: Es geht darum, Hessen wieder zukunftsfähig zu machen. Und dafür haben wir mit Gerhard Bökel und der Hessen-SPD die besseren Rezepte.

Nordhessen von der Landesregierung vergessen

Auch noch so gut inszenierte Presseauftritte täuschen nicht darüber hinweg, dass diese schwarz-gelbe Landesregierung nichts für Nordhessen getan hat. Ein jahrelanges Hin und Her in Sachen Jugendhof Dörnberg, die Schließung des Landesjugendamtes in Kassel, die Verlagerung der Kosten für Straßenbauprojekte und Feuerwehrfahrzeuge auf die Gemeinden sind Beispiele dafür, dass die Region für Koch und Co. nichts zählt. Mit Regionalmanagement und Autovision wurden lediglich Punkte umgesetzt, die wir als Sozialdemokraten bereits begonnen und auf den Weg gebracht hatten.

Fehler und Pannen

Dazu kommen zahlreiche Fehlentscheidungen in Wiesbaden. Über 250 Mio. Euro für ein Computer-Programm, das so nicht für die Verwaltung geeignet ist. Finanzminister Weimar, der eine landeseigene Burg bei Gießen 2/3 unter Wert verramscht. Ein Ministerpräsident, der in alle Skandale verwickelt ist, ein Innenminister, der sich bei Kampfhundeverordnung und Rasterfahndung von den Gerichten falsches Vorgehen bescheinigen lassen musste und ein Umweltminister, der als einzige Ziele den Fortbestand von Atompolitik und das Abholzen von Wäldern hat, helfen nicht für eine zukunftsgerichtete Politik.

Klare SPD-Konzepte

Dem setzten Gerhard Bökel als zukünftiger Ministerpräsident und ich als Ihr örtlicher Landtagsabgeordneter klare Konzepte entgegen.

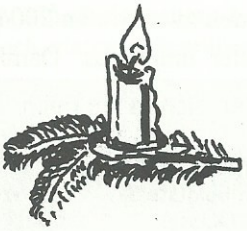
Nach der gewonnenen Landtagswahl werden wir hessenweit ein ausreichendes Angebot an Ganztagsschulen aufbauen, das letzte Kindergartenjahr für die Eltern gebührenfrei gestalten und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Stadt und Landkreis zum Wohle aller Bürger enger zusammenarbeiten können.

Im Kabinett von Gerhard Bökel soll ich mich als Innenminister auch dafür einsetzen, dass unsere Region in Wiesbaden wieder deutlicher wahrgenommen wird. **Am 2. Februar also beide Stimmen für die SPD**

Bis dahin wünsche ich Ihnen eine geruhsame Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr!

Ihr

(Manfred Schaub)
Mitglied des Landtages



Bürgernah & ansprechbar:
Humboldtstr. 8a, 34117 Kassel,
Tel.: 0561 / 949 17 25
www.manfredschaub.de

Rübenkönig : „Große Anstrengungen sind notwendig“

Nach der gewonnenen Bundestagswahl, hat sich die SPD-geführte Bundesregierung unverzüglich daran gemacht viele Reformprojekte umzusetzen. Ihr Handeln war jedoch durch die weltweite Konjunkturflaute geprägt, die auch Deutschland nicht verschont.

Konsolidierung

Für 2002 und 2003 mussten die Wachstumserwartungen stark nach unten korrigiert werden. In den Jahren 2002 und 2003 wird der Bund rund 31,4 Mrd. € Steuern weniger einnehmen. Um diese Ausfälle abzufangen hat die Bundesregierung einen Nachtragshaushalt aufstellen müssen, der eine höhere Neuverschuldung zur Folge hat, damit die Konjunktur nicht „abgewürgt“ wird.

„Wir müssen die Einnahmen des Bundes verbessern und gleichzeitig erheblich sparen. Weil die SPD dies **verantwortungsvoll** macht, bleibt nur der Weg über zusätzliche Einsparungen und das Schließen von Steuerschlupflöchern“, so der Haushaltspolitiker Rübenkönig.

Steuergerechtigkeit

Mit den Steuergesetzen verfolgt die SPD weiter das Ziel **Investitionen** zu **stärken**, die **Einkommenssteuer** zu **senken** und **mehr Steuergerechtigkeit:**

- Die **Steuerreform** wird mit den letzten zwei Stufen 2004 und 2005 weiter umgesetzt. Damit stellt die SPD-geführte Bundesregierung Stück für Stück **Steuergerechtigkeit** her.
- Große **Unternehmen** müssen zukünftig kontinuierlich Steuern zahlen, weil die Verlustverrechnungen eingeschränkt werden. „Dies ist nur ein Beispiel, wie wir **Steuerschlupflöcher** schließen“ erklärt Rübenkönig.

Mehr Wachstum und Beschäftigung

Nur durch mehr Wachstum und Beschäftigung ist das Problem der hohen Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Um zusätzliche wirtschaftliche Anreize zu schaffen werden zunächst, bei allem Zwang zum Sparen, die Investitionen des Bundes um rund 2 Mrd. € auf 26,8 Mrd. € steigen.

“Mit der eingeleiteten Politik liefern wir eine solide Basis für mehr Wachstum und Beschäftigung. Durch die Reform des Arbeitsmarktes und die Sicherung der Sozialsysteme sorgen wir für mehr Beschäftigung“, so Rübenkönig.

Solide Sozialsysteme

Durch die Umsetzung des **Hartz-Konzeptes** werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen (Ich-AG, PersonalServiceAgentur) und die Arbeitslosen schneller vermittelt. „Mit der größten Reform des Arbeitsmarktes bringen wir erheblich mehr Menschen in Arbeit und Beschäftigung“, so Rübenkönig.

Eine Reform-Kommission soll Vorschläge zur langfristigen Finanzierung der **sozialen Sicherungssysteme** unter dem Leitgedanken der **Generationengerechtigkeit** und dem Ziel der Senkung der **Lohnnebenkosten** bis Ende des Jahres 2003 erarbeiten.

Mit dem Gesetz zur Beitragsstabilisierung sollen die **Krankenkassenbeiträge** stabil gehalten werden. Durch das Gesetz werden die **Arzneimittelkosten** mit Hilfe eines neuen Rabattsystems gesenkt, die **Krankenkassenbeiträge** auf dem Niveau von 2002 festgeschrieben und die **Beitragsbemessungsgrenze** erhöht, um die Basis der Beitragszahler zu erweitern.

„Große Anstrengungen liegen vor uns, aber wir sind mit unserer Politik auf dem richtigen Weg“, kommentiert Rübenkönig abschließend.

Ich wünsche Ihnen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2003.

Ihr Bundestagabgeordneter im Wahlkreis 170 (Kassel)

Gerhard Rübenkönig

So erreichen Sie mich:

Bürgerbüro Kassel
Humboldtstr. 8a
34117 Kassel
Tel.: 0561 – 1 28 20
Fax: 0561 – 1 32 54
eMail: gerhard.ruebenkoenig@wk.bundestag.de

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel.: 030 – 22 77 75 59
Fax: 030 – 22 77 64 41
eMail: gerhard.ruebenkoenig@bundestag.de

www.gerhard-ruebenkoenig.de